

SPD **sozialdemokratischer pressediens**t

P/XXIX/237

12. Dezember 1974

Eine Brücke zur Zusammenarbeit

Zum ersten Jahrestag des Bonn-Prager Vertrages

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 1 und 2 / 78 Zeilen

Ein Konzept der Integration

Europäischer Beifall für deutsche Forschungs-
und Technologiepolitik

Von Klaus Richter MdB

Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Euro-
parates und Sprecher der deutschen Delegation

Seite 3 und 4 / 47 Zeilen

Ohne Alternative und ohne Substanz

Die Bundestags-Opposition versäumte eine Chance

Seite 5 / 38 Zeilen

Schwarz muß Rede und Antwort stehen

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im
Mainzer Landtag

Seite 6 / 34 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckart

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 06 88 946 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 376611

Eine Brücke zur Zusammenarbeit

Zum ersten Jahrestag des Bonn-Prager Vertrages

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

In diesen Tagen führt sich die Unterzeichnung des Prager Vertrages, des letzten Eckpfeilers im System der neuen deutschen Ostpolitik. Wenn man die Frage nach der Bedeutung dieses Vertrages stellt, so wird die Antwort heißen: Er hat das gebracht, was vorher vielen kaum glaublich erschien, nämlich die Beendigung des Streites um das Münchner Abkommen. Dabei hat keine der beiden Seiten ihr Gesicht verloren. Die Bereinigung ist so gründlich, daß heute in beiden Staaten kaum noch jemand von München spricht.

Das ist mehr als man erhoffen und erwarten konnte. All die finsternen Prognosen der Vertragsgegner wurden widerlegt. Selbst gelegentliche Einzelkommentare von Heißspornen können daran nichts ändern, daß alle Negativinterpretationen selbsternannter Völkerrechtsexperten nicht eingetroffen sind und der Vertrag sich als eine Brücke bewährt hat, die beide Staaten auf dem Wege zur gegenseitigen Annäherung betreten konnten. Das kommt wohl mit am deutlichsten in einem Kommentar von Radio Preßburg zum Ausdruck, in dem es u.a. heißt: "Das Jahr, das seit der Unterzeichnung des Vertrages über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vergangen ist, war zweifellos ein hoffnungsfrohes Jahr, und zwar nicht nur mit den Augen der tschechoslowakisch-westdeutschen Beziehungen gemessen, sondern auch mit denen der Bedürfnisse ganz Europas. Die im Vertrag verankerten Prinzipien bestätigten ihre Funktion als Grundlage für die erfolgreiche Entwicklung des nachbarlichen Zusammenlebens der beiden Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Schon allein die Tatsache, daß durch den Vertrag - um es mit den Worten des tschechoslowakischen Außenministers Chroupek auszudrücken - die Hypothek des Münchner Diktats von den tschechoslowakisch-westdeutschen Beziehungen genommen wurde, machte sich auf die Gesundung der Atmosphäre in ganz Europa deutlich bemerkbar."

Sicher sind noch nicht alle Probleme gelöst, die zwischen den beiden

Staaten bestehen. Wenn von tschechoslowakischer Seite in dem zitierten Kommentar gefordert wird, den Vertrag nun mit Leben zu erfüllen, so weist man mit Recht darauf hin, daß der Besuch von Staatssekretär Gehlhoff dazu bereits der erste Schritt gewesen ist, nachdem man zunächst eine Konsolidierungsphase eintreten ließ. Verhandlungen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, über die industrielle Kooperation wurden mit der Paraphierung eines langfristigen Abkommens abgeschlossen. Ein Vertrag über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ist im Text fertig gestellt. Ein Kulturabkommen beginnt Konturen anzunehmen. In der Bundesrepublik hofft man nun sehr darauf, daß es auch bald zu einem Ergebnis der Verhandlungen der beiden Rotkreuz-Organisationen kommen wird, die das Problem der Familienzusammenführung zu einem Abschluß bringen. Er dürfte hier schneller und positiver als in den Beziehungen zu Polen möglich sein, weil dieses Problem weder in seiner Größenordnung noch in seiner wirtschaftlichen Bedeutung von jenem Gewicht ist, das die Regelung in Polen so sehr erschwert. Auch der emotionelle Ballast dürfte hier ja weit geringer als dort sein.

Selbst die Gegner des Vertrages wollen nun an seinen Möglichkeiten partizipieren. Die Führung der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) hat in diesen Tagen eine Erklärung abgegeben, in der sie an Prag die Forderung richtet, als Verhandlungspartner in der Frage der Familienzusammenführung anerkannt zu werden. Wir sind der Meinung, es kann für Wirkung und Sinn dieses Vertrages sicherlich von Nutzen sein, wenn auf längere Sicht hin auch eine Annäherung zwischen Prager Regierungstellen und den in der Bundesrepublik lebenden ehemaligen tschechoslowakischen Staatsbürgern erfolgt. Offizielle Verhandlungen kann allerdings nur die Regierung der Bundesrepublik Deutschland führen, die Vertragspartner ist und bleibt. Im Übrigen wird sich jedermann die Frage stellen müssen, ob die Landsmannschafts-Führung bei dem Kurs, den sie in der Vergangenheit gesteuert hat und noch heute steuert und der dadurch gekennzeichnet ist, daß man eine Politik betrieb, mit der man sich selbst für jede Form von Gesprächen disqualifizierte, eine Basis zu einer Annäherung darstellt. Die Bundesrepublik jedenfalls wird solange keine Veranlassung haben, die Führung der SL mit ins Gespräch zu bringen, solange diese die Regierung und die sie tragenden Parteien in der Art und Weise abqualifiziert, wie das wiederholt von führenden Kräften und Organen der SL geschehen ist. - Wie dem auch sei, dem Funktionieren des Vertrages wird das keinen Abbruch tun. Er hat seine erste Bewährungsprobe bestanden und ist zu einer Brücke der Annäherung zwischen beiden Staaten geworden, die sie mit Vernunft in die Zukunft weiter bauen können. (-/12.12.1974/bgy/pr)

Ein Konzept der Integration

Europäischer Beifall für deutsche Forschungs- und Technologiepolitik

Von Klaus Richter MdB

Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarats
und Sprecher der deutschen Delegation

Europäische Forschungs- und Technologiepolitik ist kein leichtes Unterfangen. Allzu oft prallen nationale Egoismen hart zusammen, obgleich nationale Programme auf diesem Sektor, insbesondere bei der Luft- und Raumfahrtindustrie, immer weniger durchführbar werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat zum Beispiel auf dem Gebiet der Raumfahrtindustrie keine nationalen Programme mehr. Sie wird sich in Zukunft nur noch an bilateralen Projekten mit den Vereinigten Staaten, an europäischen Programmen oder an gemeinsamen europäisch-amerikanischen Projekten beteiligen.

Bei seinem ersten Auftritt vor der WEU-Versammlung in Paris hat der Bundesminister für Forschung und Technologie, Hans Matthöfer, deutlich gemacht, daß ein Erfolg im Bereich der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik vor allem von der Bereitschaft abhängt, "zugunsten europäischer Projekte auf nationale Vorhaben zu verzichten und nationale Projekte zu europäisieren, d.h. sie in gemeinschaftliche Vorhaben zu überführen". Als ein vorbildliches Beispiel für die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit in der Raumfahrt bezeichnete Matthöfer das SPACELAB-Projekt.

Wenn wir auf europäischer Ebene weiterkommen wollen, ist Eile geboten. Im Vordergrund steht hier nicht zuletzt auch eine personalpolitische Entscheidung und zwar die Besetzung der Spitze bei der europäischen Raum-

fahrtbehörde ESA. Das Hinauszögern dieser Entscheidung birgt die Gefahr in sich, daß das Interesse an einer europäischen Raumfahrtagentur leidet oder gar verlorengeht. Bundesminister Matthöfer hat in der WEU-Versammlung zugesichert, daß sich die Bundesregierung zusammen mit Frankreich und Großbritannien um eine zügige Lösung des organisatorischen Problems an der Spitze der ESA bemühen wird. Eile ist nicht nur wegen der Motivation derjenigen geboten, die in dieser Behörde mitarbeiten, sondern auch deswegen, weil die neue Agentur erst dann wirksam arbeiten kann, wenn die Spitze mit qualifizierten und international anerkannten Fachleuten besetzt ist.

Mit der Funktionsfähigkeit der ESA hängt auch das Problem zusammen, schon jetzt über geeignete parlamentarische Kontrollen der ESA nachzudenken. Eine Möglichkeit dazu besteht darin, daß auf der Basis einer Berichterstattung der ESA gegenüber der WEU-Versammlung eine entsprechende Prüfungsmöglichkeit gegeben wird. Als echte parlamentarische Kontrolle wird man das jedoch nicht ansehen können. Es erscheint also notwendig, dieses Problem noch intensiver in die zukünftigen Überlegungen bei der Institutionalisierung der europäischen Raumfahrtpolitik einzubeziehen.

Die Rede und die Diskussionsbeiträge von Bundesminister Matthöfer vor der WEU-Versammlung haben einen außerordentlich großen Widerhall in den Gremien der WEU gefunden. Es ist deutlich geworden, daß sich die deutsche Forschungs- und Technologiepolitik mit den Vorstellungen unserer europäischen Partner deckt. Die Zustimmung, die Matthöfer für die konzeptionellen Anregungen gefunden hat, kann nicht nur als großer persönlicher Erfolg gelten, sondern war auch für die Bundesrepublik eine Bestätigung für die Richtigkeit der auf Integration angelegten deutschen Forschungs- und Technologiepolitik.

(-/12.12.1974/ks/pr)

+ + +

Ohne Alternative und ohne Substanz

Die Bundestags-Opposition versäumte eine Chance

Die CDU/CSU hat eine neue Chance versäumt, um aus ihrer bloßen Negativ- und Antihaltung herauszukommen und einen Platz im Parlament und in der Politik zu besetzen, der dem Begriff "Opposition" endlich gerecht wird. Ein demokratisches Staatswesen vom Zuschnitt und vom Charakter der Bundesrepublik erfordert das Zusammenwirken von Regierung und Koalition auf der einen und Opposition auf der anderen Seite, wenn man berechtigterweise davon ausgeht, daß es das Bestreben auch der Opposition sein muß oder zumindest sollte, im Interesse des Staates, der Gesellschaft und der Bürger auch ihre pflichtgemäße Aufgabe zu erfüllen und zum Zustandekommen einer Politik beizutragen, die der optimal besten Lösung zum Durchbruch verhilft.

Der 11. Dezember 1974 hat dem deutschen Bürger und Wähler eine Opposition gezeigt, die dieser übergeordneten politischen und parlamentarischen Aufgabe wiederum nicht entsprochen hat. Der Ansatz, unter dem die CDU/CSU ihre Oppositionsrolle durchführt, ist von Anfang an falsch und nur auf einen Gegensatz unter allen Umständen ausgerichtet gewesen, und aus diesem selbstaufgelegten Zwang hat sie sich bis heute und unter der Führung von Prof. Dr. Karl Carstens weniger als zuvor nicht befreien können. Die Mühseligkeit, mit der sich der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende und seine Mitstreiter dann, wenn es gar nicht mehr anders geht, wenigstens zur Konstatierung eines nicht mehr abzuleugnenden Pluspunktes oder gar Verdienstes der Bundesregierung aufraffen, ist mitleiderregend. Eine Analyse der Parlamentsreden Prof. Carstens, von seinen Versammlungsansprachen ganz zu schweigen, läßt erkennen, daß dieser Politiker, der seine angelernte Staatssekretärsattitüde als Hypothek mit sich herumschleppt, eine ständige Aggressivität lediglich vortäuscht, um seine schwache Position zu verschleiern, die das Dauerergebnis einer schlechten Oppositionsführung ist.

Der Bundeskanzler hat diese Negativsituation der CDU/CSU punktuell deutlich gemacht, als er dem Oppositionsführer vorrechnete, daß seine politische Argumentation substanzlos sei. Mit diesem Verdikt wird Prof. Carstens, wird die ganze CDU/CSU-Fraktion weiterleben müssen. Des Kanzlers Bewertung hat die Tätigkeit der Opposition auf die Ebene zurückgeführt, auf der sie sich seit Jahr und Tag bewegt und auf der sie mit dem verwegenen Anspruch agiert, ihrer staatspolitischen Aufgaben gerecht zu werden. Tatsache aber ist, daß die Politik der CDU/CSU sowohl alternativlos als auch substanzlos ist. Und daran hat Prof. Carstens sein gerüttelt Maß Schuld.

(ee/12.12.1974/ks/ee)

+ + +

Schwarz muß Rede und Antwort stehen

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Mainzer Landtag

Der rheinland-pfälzische Landtag hat am Donnerstag auf Antrag der SPD-Fraktion einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß eingesetzt, dessen Aufgabe es sein wird, zu überprüfen, ob die vorzeitige und unbefugte Veröffentlichung einer Dokumentation "Baader-Meinhof-Bande" des Mainzer CDU-Innenministers Heinz Schwarz diese kriminelle Vereinigung begünstigte und die geplanten Polizeimaßnahmen der "Aktion Winterreise" behindert hat.

Außerdem wird der Ausschuß zu klären haben, was den CDU-Politiker und sein Ministerium veranlaßt hat, die Mainzer Landesparlamentarier mit einer "anderen Dokumentation" zu bedenken als zunächst die Springerpresse und 24 Stunden später auch andere Journalisten erhalten haben. Die SPD hatte festgestellt, daß die Mainzer Landesregierung bzw. das Innenministerium die ursprüngliche Dokumentation auf mindestens zwölf Seiten in wesentlichen Teilen geändert hat, ohne daß den Empfängern vom Vorhandensein einer anderen Dokumentation auch nur andeutungsweise Mitteilung gemacht worden wäre.

Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses, die beschleunigt worden war, weil die von dem Ministerpräsidenten und CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl geführte Landesregierung die Beantwortung von kritischen SPD-Anfragen zum Verhalten des Innenministers ablehnte, ist von einer heftigen Parlamentsdebatte begleitet worden, die auf der CDU-Seite praktisch nur Dr. Kohl führte. Er wußte allerdings nicht ein Wort zu der peinlichen Affäre um die Doppeldokumentation seines Innenministers zu sagen, erweckte dafür aber immer wieder den Anschein, als habe die SPD den Ausschuß lediglich aus wahltaktischen Gründen beantragt.

Die rheinland-pfälzische SPD-Landtagsfraktion ließ und läßt sich nicht aus der Ruhe bringen. Sie lehnte die Kämpfe aus dem von Dr. Kohl angegangenen Nebenkriegsschauplatz ab und konzentrierte sich auf die Fragen, die sich um das Vorpreschen des Amtierenden Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, also des Kohl-Ministers Schwarz, unmittelbar vor der "Aktion Winterreise" ergeben haben. Dazu wird Schwarz vor dem sofort mit der Arbeit beginnenden Ausschuß Rede und Antwort stehen müssen. Im Parlament hat er sich ausgeschwiegen, aber Ministerpräsident Dr. Kohl glaubte, gleich mit vier Beiträgen seinen umstrittenen Minister verteidigen zu sollen.

(hb/12.12.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller